

Thuts Schluckauf

Wenn der altehrwürdige Niklaus Thut in Zofingen das vom Komitee «Pro Brittnau» in alle Brittnauer Haushalte verteilte Flugblatt lesen könnte, würde es ihm wahrscheinlich den Magen kehren. Da wird ein Schreckensszenario beschrieben, die Stadt Zofingen raubt nach einer möglichen Fusion den Brittnauern den Kulturverein Chetti, das Dorfblatt «Brittnouer Blättli» und alle Kulturgeldreserven und ... Da sehnt man sich wirklich nach dem edlen Schultheissen Thut zurück, der würde den Brittnauer Vogt zu sich zitieren und ihn zur Mässigung aufrufen.

MARTIN FISCHER, BRITTNAU

Machbarkeitsstudie Brittnau: Altersleitbild

Der Gemeinde Brittnau fehlt immer noch ein Altersleitbild für die ältere Generation. Unsere Senioren können bei guter Gesundheit ihr Alter noch im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung erleben. Eventuell benötigen sie die Hilfe der Familienangehörigen oder der Spitex. Wenn dies nicht mehr geht, müssen sie in ein Alters- oder Pflegeheim zügeln, was die Trennung von der gewohnten Umgebung bedeutet. Gemäss Rechenschaftsbericht 2011 der Gemeinde waren total 42 Brittnauer Betagte in den Heimen der Nachbargemeinden: 6 Personen im Rosenberg und im Tanner in Zofingen, 3 Personen im Pflegezentrum in Zofingen, 13 Personen im Altersheim Hardmatt in Strengelbach und 20 Personen im Pflegeheim Sennhof in Vordemwald. Wir entwurzeln die Generation aus unserer Gemeinde. 1855 schickte die Gemeinde 64 Personen nach Amerika und heute? In der Vergangenheit wurde eine Kommission für Altersfragen gebildet. Zusammen mit Fachleuten der Pro Senectute wurden die wichtigsten Daten erfasst. Eine vertiefte Analyse wurde fallen gelassen, da die professionelle Studie Kosten von 30 000 Franken betragen hätten. Zuviel für die ältere Generation, man hat die Kommission aufgelöst. Wir haben immer noch kein Altersleitbild. Auch wir werden älter und wären dankbar, wenn man wüsste, wo und wie wir den Lebensabend verbringen können. Mit der Zustimmung zur Machbarkeitsstudie würde eine Projektgruppe genau diese offenen Fragen auflisten und Lösungen vorschlagen. Darum lege ich mit Überzeugung ein Ja in die Urne.

RENÉ GYGER, BRITTNAU

Machbarkeitsstudie macht auch ohne spätere Fusion Sinn

Anlässlich einer Diskussion mit jüngeren Mitbürgern über die bevorstehende Urnenabstimmung zeigten diese grosses Interesse an der Vorlage. Es scheint mir wichtig, dass sich gerade die Jungen eine Meinung, basierend auf fundierten Grundlagen, machen können. Ich sehe in der Machbarkeitsstudie nur Vorteile, denn unser Dorf wird sich so oder so Gedanken machen müssen, wie es sich in Zukunft ausrichten will. Aufgrund der vor kurzem beschlossenen Schulreform und dem damit sehr wahrscheinlich verbundenen Wegfall der Bezirksschule verliert Brittnau einen bedeutenden Standortvorteil. Junge Familien suchen sich ihren Wohnort oft auch danach aus, wo sie ein komplettes Schulangebot antreffen. Diese Tatsache zwingt die Gemeinde sowieso, sich über die Attraktivität des Dorfes Gedanken zu machen. Wenn wir es nun mit einem Ja an der Urne zulassen, dass eine ganzheitliche Abklärung über die Chancen und Herausforderungen eines möglichen späteren Zusammenschlusses mit Zofingen durchgeführt werden kann, dann sind wir durch diesen Entscheid sicher eher fähig, umfänglich zu urteilen, als ohne. Es ermöglicht uns, offen und zukunftsorientiert zu entscheiden, sei es für eine weitere Selbstständigkeit, eine Zusammenarbeit in bestimm-



Hundesteuern schon bezahlt? So daran erinnert zückt jedes Herrchen gern das Portemonnaie.

LBR

ten Bereichen oder eine Fusion. Wir haben den Gemeinderat als unsere Vertretung gewählt. Ich glaube, dass er, zusammen mit den Arbeitsgruppen und dank den Erfahrungen der externen Betreuung, wertvolle Grundlagen für einen späteren Entscheid erhält. Als engagierte Einwohnerin liegen auch mir das Wohl und die Zukunft unserer Gemeinde sehr am Herzen. Ich stimme Ja zur Machbarkeitsstudie, damit gute Grundlagen für die Entwicklung von Brittnau erarbeitet werden können – auch ohne spätere Fusion.

MANUELA SCHÄR, BRITTNAU

«Ich habe Heimweh nach der Zofinger Altstadt»

Zum Leserbrief von Bruno Blöchliger in der Ausgabe vom 6. Juni.

Sehr geehrter Herr Blöchliger, eigentlich hab ich gar keine Zeit, diesen Leserbrief zu schreiben, denn ich muss arbeiten. Wieso muss ich arbeiten? Weil ich mir irgendwann eine schöne, tolle Altstadtwohnung leisten will. Als Jungunternehmerin ist dies leider nicht möglich. Aber das wissen Sie ja zu gut. Wieso will ich in der Altstadt wohnen? Weil ich Heimweh habe, weil ich in der Altstadt aufgewachsen bin und auch heute noch (mit meinen bald 32 Jahren) ein wenig «Altstadtkind» bin. Das Pulsierende gefällt mir, auch dass ich kurzum ein richtig gutes Brot in der Altstadt kaufen, mich spontan zum Apéro treffen und dabei noch das ZT lesen kann. Oder wenn ich bis spät arbeite, noch einen Schlummertrunk in einem Lokal geniessen kann. Und überhaupt, mir die Atmosphäre gefällt, mit all dem Leben in den Gassen, sei es nachts oder auch tagsüber. Wenn Menschen in eine lebendige Altstadt ziehen, weil sie Ruhe und Frieden suchen, erscheint dies recht unverständlich. Geht es Ihnen wirklich um ein «soziales Absinken» oder «weniger Steuereinnahmen», nächtlichen Lärm vor oder in einem Pub oder um ein paar Konzerte im «Ochsen»? Oder eher um all ihr Eigentum gewinnbringend an den Mann oder die Frau zu bringen? Haben Sie Angst, dass Personen, die sich gerne eine Ihrer Wohnungen leisten möchten, gestört sein könnten vom «Lärm» in der Altstadt? Meine Sorge ist, dass die Altstadt zu einer grossen, trostlosen Wohnüberbauung mutiert. Kein Zentrum mehr hat mit Restaurants, Läden, Bars ... das wäre doch echt schade für eine Altstadt wie Zofingen.

SARAH THUELER, ZOFINGEN

Angestellte und Pensionäre mit Respekt behandeln

Diese Zeitung vom 26. Mai, «Chropfleerete» an der GV des Altersheimvereins.

Der Bericht, sehr neutral abgefasst, in dieser Zeitung bedarf doch einiger Präzisionen. Viele Pensionäre, aber nicht minder deren Angehörige wie auch aktive und frühere Angestellte, fühlten und fühlen sich zum Teil nicht verstanden. Es geht nicht um die seinerzeit nicht erklärte, ab Januar 2012 verrechnete Investitionspauschale von Fr. 10.65 pro Tag und Pensionär/in. Dieser Betrag wurde an der Generalversammlung vom Heimleiter verständlich erläutert – wenn auch ein paar Monate zu spät. Vielmehr geht es um die zwischenmenschlichen Probleme, die vielen internen und externen Personen hin und wieder sauer aufstossen. Die Aussage der Präsidentin, Herr Zeller sei Manager und eben kein lieber Heimvater, stiess vielerorts auf Kopfschütteln. Wie wenn Manager de facto alle herzlos wären und nur das eine Ziel hätten, nämlich eine positive Erfolgsrechnung präsentieren zu können. Selbstverständlich muss dieses Ziel in diesem Stadium des Alterszentrums ein prioritäres sein. Aber die Angestellten und Pensionäre haben es doch verdient, dass man sie mit Respekt, mit Gefühl und Anstand behandelt. Auch für Manager gilt der Grundsatz der vier M's: «Man Muss Menschen Mögen». Es gibt – wie in jedem Unternehmen – etwas, das für den Erfolg verantwortlich ist: das Produkt. Und dies sind in unserem Fall Menschen. Das höchste aller «Güter». Diese Menschen haben ein Anrecht darauf, einen optimalen Service zu erhalten. Selbstverständlich ist es wichtig, dass die Menüs aus der Küche lecker sind, dass die Pflege der Pensionäre individuell abgestimmt ist, dass die Geräte im und ums Haus optimal funktionieren. Aber viel wichtiger ist es, dass die Arbeitnehmenden ihre Funktionen mit Freude und Hingabe erfüllen und es den Pensionären leicht gemacht wird, sich in einer für sie nicht immer einfachen Umgebung wohlfühlen. Und dies gelingt nur, wenn der Steuermann, aber auch dessen Aufsichtsorgan, nämlich der Vorstand, mit gutem Beispiel vorangehen. Es braucht doch wenig, Menschen glücklich zu machen: ein Lächeln, ein Danke, einen Händedruck, vielleicht auch mal ein Gespräch in der Cafeteria mit Besuchern. Alles Dinge, die man eigentlich auch in Manager-Lehrgängen mitbekommt. Otto Zeller verlangt Mitarbeiter mit Herz – diese dürfen

dies auch von ihrem Chef erwarten! Es wäre allen Beteiligten zu gönnen, wenn mit dem Sommer auch die Wärme im Alterszentrum Eingang finden könnte.

RUEDI MATHYS UND RUEDY MATHYS, KÖLLIKEN

Was ist Schildbürgerpolitik an der Wiggertalstrasse ?

Antwort auf den Leserbrief von Werner Lutz in der Ausgabe vom 6. Juni.

Es ist mir absolut bewusst, dass nur sehr wenige Leute über die wichtigsten Geschehnisse im Zusammenhang mit der Wiggertalstrasse informiert sind. Tatsache ist, dass die Verkehrsverhinderungswilligen Personen weder am Rössliweg in Rothrist noch an der Luzernerstrasse in Oftringen wohnen. Diese tauchen erst bei passender Situation von irgendwoher auf. Weitere Tatsache ist, dass der bald fertige Kreisel Wirtshüsli seinerzeit als lichtsignalgesteuerter Verursacherknoten von einer privaten Erschliessungsgesellschaft geplant und erstellt worden ist. Dies, nachdem das Oftringer Stimmvolk den Erschliessungsplan Wirtshüsli-Nigglishüser wohl gutgeheissen, den notwendigen Kredit zur Erschliessung jedoch abgelehnt hatte. Nach vier Jahren Planung und Verhandlungen wurde die Baubewilligung vom Kanton am 3. Juli 1989 erteilt. Der Knoten selber wurde am 17. Januar 1992 dem Verkehr übergeben. Die Nigglishüserstrasse als Verbindung vom Knoten Wirtshüsli zur Erzo wurde anschliessend ebenfalls von einer privaten Erschliessungsgesellschaft geplant und erstellt als Teil der zukünftigen kantonalen Versorgungsrouten. Deshalb wurde auch die Unterführung verbreitert und vertieft ausgeführt. Nach rund vier Jahren Planung und Verhandlungen war Baubeginn Juli/ August 1996 und Einweihung am 19. November 1997. Diese Verbindung zur zukünftigen Wiggertalstrasse ermöglichte den

Bau der «Spange» von Zofingen zur Erzo, welche am 31. Oktober 2009 eingeweiht wurde. Alle diese Teilstücke sind zwischenzeitlich vom Kanton in sein Eigentum übernommen worden. Im Zusammenhang mit dem 6-Spur-Ausbau der Autobahn von Härkingen bis Verzweigung Oftringen wurde auch die Neuplanung der Wiggertalstrasse beschlossen. Diese, von einem neu beauftragten ausserkantonalen Ingenieurbüro ausgeführte Neuplanung von der Erzo bis Bernstrasse verlief zu einem rechten Teil nicht mehr auf dem Trasse der Alten Strasse und führte zu verschiedenen Unzufriedenheiten und musste umgearbeitet werden. Das jetzt vom Grosse Rat genehmigte Projekt basiert wieder auf dem Trasse der Alten Strasse und ist von den betroffenen Grundeigentümern weitgehend akzeptiert worden. Es ist wirklich zu hoffen, dass der Beschluss des Grossen Rates jetzt rasch umgesetzt wird und endlich eine vom Volk aller betroffenen Gemeinden getragene Lösung bringt für die endgültige Linienführung von der Bernstrasse bis zur Rishalde mit möglichem Aareübergang.

BRUNO RÜEGGER, OFTRINGEN

Ausweisentzug zeigt heuchlerische Verkehrspolitik

«Der Sonntag» beginnt am 3. Juni den «Mitteilungsreigen» mit Bild und Titel: Kommandant der Aargauer Polizei – Fahrausweis weg. Am Montag folgt ein halbseitiger Bericht mit grossem Foto und dem Titel «Rückhalt aus allen Ecken für Reinhardt», am Dienstag der Kommentar von Christine Fürst mit dem Titel: «Strafe wie für jeden anderen». Sie zitiert auch Reinhardt, der zwei Jahre zuvor gesagt hat, «Raser sind sofort von der Strasse zu holen». Die fehlende Vorbildfunktion, das Eingestehen des Fehlers und die gute Kommunikation von Reinhardt werden hervorgehoben. In Bericht vom Montag kommen auch die Fraktionschefs der vier grossen Parteien im Aargauer Parlament und der Mediensprecher von «Roadcross» zu Wort. Der Tenor lautet, «Bedauern mit Reinhardt» und «er soll bestraft werden wie jeder andere auch». Warum werden von unserer Presse keine Worte zu den «politischen» Tempovorschriften und der Schweizer Fahrausweisenzugspraxis aufgeworfen? Warum werden die durchschnittlich über 50 000 Fahrausweisentzüge in der Schweiz nicht thematisiert? Könnte es nicht sein, dass die Hälfte davon, wie Reinhardt auch, keine Raser sind und dennoch Opfer sind von allzu tiefen Geschwindigkeits-Limiten und der strengsten Entzugspraxis weltweit? Reinhardt hat gemeint, es sei 80 km/h auf einem Autobahnzubringer, was ja auch eine vernünftiger Geschwindigkeits-Limite gewesen wäre. In den letzten 20 Jahren wurden alle Geschwindigkeitsvorschriften nur gesenkt, die schweizerische Fahrausweisenzugspraxis verschärft, die Toleranzen verkleinert, alles unter dem Motto «Verkehrssicherheit», «Vision Zero» und «möglichst alle Automobilisten sollen den ÖV benutzen, sonst sind sie selber schuld». Der «Fahrfehler» von Polizeikommandant Reinhardt «als Privatperson» zeigt die heuchlerische Verkehrspolitik exemplarisch. Warum kann unsere ausgewogene Presse diese Thematik nicht endlich aufnehmen?

FRANK KARLI, MURGENTHAL

Leserbrieft – Spielregeln	
Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz verfasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein. Anonyme oder beleidigende Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.	Die Maximallänge der Leserbriefe beträgt 2400 Zeichen (inklusive Leerzeichen). Bei Wahlen veröffentlichen wir keine Empfehlungen von Einzelpersonen. Die letzten Leserbriefe zu den verschiedenen Volksabstimmungen vom 17. Juni müssen bis spätestens Dienstag, 12. Juni, 12 Uhr, bei der Redaktion eingetroffen sein. Senden Sie den Leserbrief am besten per E-Mail an: ztredaktion@ztonline.ch